



Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden. V.i.S.d.P.: Heike Hänsel, Jan Korte, MdB
Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

5 x NEIN ZUR NATO

1. Die Folgen der beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts haben eine internationale Friedensordnung hervorgebracht, die in UN-Charta und Völkerrecht festgeschrieben wurde. Aber Krieg ist wieder Mittel der Politik geworden. Seit Gründung war die NATO der wichtigste Stützpfeiler in der Systemkonfrontation des Westens mit dem Osten. Nach der Auflösung des Warschauer Paktes hat die NATO ihre Grundausrichtung verändert. Stand vor 1990 die »kollektive Verteidigung« als Schwerpunkt der NATO-Ausrichtung gegen den Osten, ebneten die bis heute vorangetriebenen Konzepte der neunziger Jahre den Weg zu einer Funktionsbestimmung als weltweite Interventionsstreitmacht. Angriffskriege wie der völkerrechtswidrige Jugoslawien-Krieg und der Einmarsch in Afghanistan und den Irak sowie die aggressive Osterweiterung haben die Einflussosphäre der NATO erheblich erweitert. Friedlicher ist die Welt dadurch nicht geworden. Im Gegenteil.

2. Die NATO ist das Vehikel der gemeinsamen Durchsetzung westlicher ökonomischer und geostrategischer Interessen und die militärische Exekutive dieser Interessen. Deutschland profitiert besonders von der ökonomischen Globalisierung und Erweiterung der NATO-Einflussosphäre. Die deutsche Rüstungsindustrie hat sich hierdurch neue Absatzmärkte gesichert und Wettbewerbsvorteile verschafft. Wo Kriege vorbereitet werden, profitiert die Rüstungsindustrie und wächst der Einfluss des Militärisch-Industriellen Komplexes. Waffenproduktion und Rüstungsexporte bringen hohe Profite in die Kassen der Produzenten. Das Geschäft mit Tod und Krieg boomt, Deutschland ist in der Spitzengruppe der Rüstungsexporteure der Welt. Die Rüstungskonzerne verdienen sich eine goldene Nase.

3. Der Krieg prägt zunehmend mehr Bereiche der deutschen Gesellschaft. Obwohl Deutschland keine unmittelbare Kriegsgefahr droht, wollen

Union und SPD der NATO-Forderung nach einer Aufstockung des Rüstungsetats nachgeben. Milliarden sollen dafür fließen. Bei der strikten Fixierung des Bundeshaushalts auf die Schwarze Null muss dann in anderen Bereichen gekürzt werden. Den bisherigen Bundesregierungen war es wichtiger, Kriege zu führen als sich um die Menschen im Land zu kümmern, die von Armut, Sozialabbau und niedrigen Löhnen und Renten betroffen sind.

4. Seit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft wurden Konflikte innerhalb der Gemeinschaft nicht mehr mit militärischen Mitteln ausgetragen. Doch statt diesen Fortschritt in verstärkte Bemühungen der EU zur friedlichen Lösung internationaler Konflikte münden zu lassen, ordnet sich die EU in die NATO-Strategie einer Militarisierung der Außen- und Sicherheitspolitik ein. Heute führen die Europäische Union und Staaten der EU außerhalb ihres Territoriums immer öfter Kriege. Die wachsende Bedeutung militärischer Mittel für die EU spiegelt sich im Vertrag von Lissabon wieder. Er enthält nicht nur eine Aufrüstungsverpflichtung, sondern ermöglicht auch den Einsatz von EU-Kampfvverbänden in internationalen Konflikten.

5. Die NATO schützt nicht die europäischen Werte, sondern wird für sie zu einer permanenten Bedrohung.

Europa braucht einen entschlossenen Prozess zur Schaffung einer Friedensordnung, die an den Prinzipien und Strukturen der OSZE orientiert ist, zu deren Gunsten die NATO aufgelöst wird.

Deutschland muss aus den militärischen Strukturen sowie den Kommandostrukturen der NATO austreten.

Die Bundeswehr muss sich unverzüglich aus allen Auslandseinsätzen zurückziehen.

Der deutsche Wehretat muss reduziert werden, damit mehr Geld den sozialen Strukturen in Deutschland zu Gute kommt.

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

www.linksfraktion.de